SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Soziale und politische Integration durch Vereine? Theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse

Braun, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Braun, S. (2006). Soziale und politische Integration durch Vereine? Theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 4498-4508). Frankfurt am Main: Campus Verl.
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-141999

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Soziale und politische Integration durch Vereine? Theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse

Sebastian Braun

1. Problemstellung

Auf die besondere Bedeutung eines vielfältigen Assoziationswesens für die Integration egalitär-individualistischer Gesellschaften hatte bereits Alexis de Tocqueville (2001) hingewiesen. In seinem vor rund 150 Jahren verfassten Reisebericht über die Demokratie in Nordamerika, auf den sich nahezu alle Protagonisten in der laufenden Diskussion über die Bürgergesellschaft beziehen, beschrieb de Tocqueville die kleinräumigen Strukturen der lokalen Selbstverwaltung, die vor allem durch eine kaum überschaubare Vielfalt von Vereinen besiedelt werden, als Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Denn in der »Kunst der freien Assoziation«, so argumentiert etwa Ulrich Beck (1997) in Anknüpfung an de Tocquevilles »Lehre vom wohlverstandenen Interesse«, stecke die Kraft zur Überwindung von Bindungslosigkeit und Egoismus.

Hinter diesen gängigen Vorstellungen verbirgt sich eine doppelte Argumentationsfigur, die aufeinander aufbaut und sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: Erstens wird davon ausgegangen, dass Individuen, die Mitglied in Vereinen sind, immer auch in die jeweilige »Wahl-Gemeinschaft« (Strob 1999) sozial integriert sind. Die Mitgliedschaft wird also mit der sozialen Integration des Individuums in den jeweiligen Verein gleich gesetzt. Diese Form der sozialen Integration lässt sich als *Binnenintegration der Mitglieder* in einen Verein bzw. als *binnenintegrative Leistungen von Vereinen* bezeichnen.

Zweitens wird von der Idee ausgegangen, dass »Vereine ihre Mitglieder grundsätzlich in die Gesellschaft integrieren« (Lehmann 2001: 174). Hinter dieser Idee verbirgt sich eine nicht weiter elaborierte »Transferannahme«: Demnach erwerbe der Einzelne aufgrund seines sozialen Einbezugs in einen Verein bestimmte soziale und politische Orientierungen, die ihn befähigten, sich auch in andere gesellschaftliche Kontexte zu integrieren bzw. in diese integriert zu werden. Diese »grenzüberschreitende« Form der sozialen Integration, die über die Vereinsmitgliedschaft »vermittelt« werde, lässt sich als *Außenintegration der Mitglieder* in die Gesellschaft bzw. als *außenintegrative Leistungen von Vereinen* bezeichnen.

Diese doppelte Argumentationsfigur thematisiert die besondere Bedeutung von Vereinen als intermediäre Organisationen auf der gesellschaftlichen Meso-Ebene, wo ihnen eine dynamische Katalysator-Funktion zwischen Individuum und Gesellschaft zugesprochen wird. Und vor diesem Hintergrund wird für die Makro-Ebene der Gesellschaft geradezu zwangsläufig geschlussfolgert: Je höher der Anteil der Gesellschaftsmitglieder, die einem Verein angehören, desto höher sei auch die soziale Integration der Gesellschaft, da sich mit steigenden Mitgliedschaftsquoten auch jene Relationen wechselseitiger Abhängigkeit zwischen den Individuen herausbildeten, die für die Existenz und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft grundlegend sind. Deshalb werden in der empirischen Sozialforschung Mitgliedschaftsquoten in Vereinen als ein wichtiger Indikator zur Beschreibung des Zustands des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft bewertet.

Allerdings haben diese Thesen bislang in erster Linie den Status von normativ gefärbten Annahmen mit Plausibilitätsanspruch, da es sowohl an komplexeren theoretischen Argumentationszusammenhängen als auch an empirischen Daten zu der Frage mangelt, wie sich der Einbezug in die Wahl-Gemeinschaft vollziehen könnte und über welche Mechanismen die dort ggf. erworbenen sozialen und politischen Orientierungen in andere gesellschaftliche Kontexte vermittelt werden könnten. Nur vereinzelt wird unterdessen darauf hingewiesen, dass »es nicht ausreichen könne, ideologische Annahmen über die Integration durch Vereine zu wiederholen« und deren empirische Plausibilität nicht systematisch zu untersuchen (Lehmann 2001: 44).

Der vorliegende Beitrag greift diese Problemstellung auf, indem zunächst zwei aktuelle Diskussionen thematisiert werden, in denen die weitreichenden Thesen über die Integrationsleistungen von Vereinen eine zentrale Rolle spielen: die Diskussionen über »Bürgerkompetenz« und über »Sozialkapital«. Anschließend werden ausgewählte empirische Ergebnisse aus einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Deutschland zusammengefasst, die erste Hinweise auf die empirische Evidenz der hinter diesen Thesen stehenden Annahmen geben sollen.

2. Bürgerkompetenz und Sozialkapital – zwei aktuelle Diskussionen

2.1 Vereine als »Radiatoren« und »Treibhäuser« von Bürgerkompetenz

Ein prominentes Beispiel dafür, wie weitreichend der Indikator »Vereinsmitgliedschaften« interpretiert wird, ist die politische Kulturforschung, die seit den 1950er Jahren die sozialwissenschaftliche und politische Diskussion nachhaltig beeinflusst.

In dieser – bis zu de Tocqueville zurückreichenden – Forschungstradition gelten Vereine als zentrales Element stabiler Demokratien, da sie in der sozialen Praxis die Verbindung von Mitgliedschafts- und Staatsbürgerrolle ermöglichten und Institutionen selbst bestimmten Handelns und frei gewählter Tätigkeit seien. Darüber hinaus vermittelten Vereine die kognitiven, prozeduralen und habituellen Basiskompetenzen, um mit den »Zumutungen der Demokratie« adäquat umgehen zu können (vgl. Buchstein 1996)[1].

Denn zum einen – so die Thesen – würden Vereine »über ihre internen Wahlen und Abstimmungen in prozedurale Aspekte moderner Demokratien einführen« (Buchstein 2002: 214); zum anderen würden die Mitglieder »im Zuge ihrer Aktivitäten zwangsläufig auch mit Fragen konfrontiert werden, die eine gewisse allgemeine politische Bedeutung haben« und »auf die sie als Angehörige ihrer bürgergesellschaftlichen Vereinigung Antwort finden müssen« (ebd.). Dies sei zum Beispiel der Fall, wenn die Mitglieder eines Sportvereins über Sparmaßnahmen in ihrer Gemeinde, über Nachwuchsförderung oder Jugendpolitik diskutierten. Schließlich würden Vereinsmitglieder auch habituelle Kompetenz erwerben. Diese Kompetenz sei die entscheidende Grundlage dafür, gemeinwohlorientiert, das heißt zugunsten einer Gemeinschaft bzw. der Allgemeinheit zu handeln. Habituelle Kompetenz, so die These, müsste durch praktische Tätigkeiten in der alltäglichen Lebenswelt wie zum Beispiel in Vereinen eingeübt werden, da man in diesen institutionellen Kontexten freiwillig zur Herstellung von Kollektivgütern beitrage und auf diese Weise die Handlungsalternative des »Trittbrettfahrens« zu überwinden lerne. Es wird also ein wechselseitiger Verstärkungszusammenhang zwischen der Vereinsmitgliedschaft, einem »Bürgersinn« für öffentliche Problemstellungen und der Bereitschaft zu sozialem und politischem Engagement vermutet.

2.2 Vereine als »Generatoren« von Sozialkapital

Ein anderes und derzeit besonders prominentes Beispiel für die Thesen über die spezifischen Integrationsleistungen von Vereinen ist die Diskussion über das »Sozialkapital« moderner Gesellschaften. Hintergrund dieser Diskussion sind die populä-

[1] Unter kognitiver Kompetenz wird dabei ein gewisser Wissensbestand über demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse verstanden, damit sich der Einzelne in einem demokratischen Gemeinwesen adäquat verhalten könne. Der Begriff der prozeduralen Kompetenz soll hingegen die strategischen Fähig- und Fertigkeiten bezeichnen, um die im Rahmen der institutionellen Ordnung vorhandenen Einflussmöglichkeiten und Partizipationschancen auch tatsächlich nutzen zu können. Die habituelle Kompetenz bezeichnet letztendlich die affektiv-habituell verankerten Einstellungen und Bereitschaften, durch die die kognitiv-prozedurale Kompetenz in Handeln überführt würde (vgl. Buchstein 1996: 302f.).

ren Studien von Putnam (z.B. 2000), der mit sozialem Kapital dreierlei bezeichnet: soziales Vertrauen, das die zur gesellschaftlichen Koordination erforderliche Kooperation zwischen den Individuen erleichtere; Normen generalisierter Reziprozität, die zur Lösung sozialer Dilemmata beitrügen; und schließlich Vereine, wo generalisierte Reziprozitätsnormen gepflegt und soziales Vertrauen aufgebaut würden.

Mit dieser Argumentationsfigur wird der alten demokratietheoretischen Diskussion über Vereine als »Schulen der Demokratie« erstmals ein gewichtiges ökonomisches Argument zur Seite gestellt. Denn das in den Vereinen erworbene soziale Vertrauen erstrecke sich – so Putnam – als »generalisiertes Vertrauen« über alle gesellschaftlichen Bereiche und reduziere somit die Notwendigkeit zur sozialen Kontrolle. Abbau von sozialer Kontrolle hieße aber auch Reduktion von Kosten, und zwar im staatlichen ebenso wie im ökonomischen Sektor.

3. Vereine als Produzenten von Bürgerkompetenz und Sozialkapital?

Die skizzierten Diskussionslinien verweisen bereits auf die hohen normativen Erwartungen, die in der laufenden Diskussion an das Vereinswesen gestellt werden. Umso bemerkenswerter ist es, dass diese Erwartungen bislang kaum systematisch expliziert, geschweige denn in Forschungsfragen übersetzt und empirisch untersucht wurden.

Dieses Desinteresse schlägt sich schon auf einer ganz allgemeinen Ebene nieder. Denn bislang ist unklar, ob und inwieweit in Vereinen überhaupt entsprechende Prozesse zu konstatieren sind, die dazu beitragen könnten, dass sich die Mitglieder zu »kompetenten Bürgern« entwickeln. Und selbst wenn man unterstellt, dass die Mitglieder solche umfassenden Sozialisationsprozesse in Vereinen durchlaufen: Ist es dann nicht auch möglich, dass die dortige Sozialisation eher Orientierungen wie Intoleranz, Indifferenz oder Misstrauen gegenüber all jenen befördert, die nicht zum »vereinigten Sozialkreis« gehören? Zumindest hatte schon Max Weber (1924) in seiner Rede auf dem ersten deutschen Soziologentag im Jahr 1910 vermutet, dass Vereine vor allem den »guten Staatsbürger« hervorbringen würden – bei ihm allerdings ganz im passiven Sinne des Wortes gemeint.

Aber nicht nur die Frage, ob und welche Orientierungen in Vereinen sozialisiert werden, ist bislang unklar. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, ob diese Sozialisationsannahme prinzipiell für alle Mitglieder gleichermaßen gelten kann. Zumindest lassen es allein schon umgangssprachliche Begriffe wie »passives Mitglied« oder »Karteileiche« fraglich erscheinen, ob die Mitgliedschaft ein hinreichendes Krite-

rium sein kann, um diese sozialisationstheoretische Argumentationsfigur zu fundieren. In diesem Sinne wurde zuletzt auch mehrfach kritisiert, dass die Verwendung von Mitgliedschaftsquoten als Indikator für den »stock of social capital« in einer Gesellschaft zu kurz greife (vgl. Braun 2003a). Sozialisationstheoretisch betrachtet erscheint diese Kritik durchaus begründet. Denn in dieser Perspektive wäre vielmehr davon auszugehen, dass man in Vereinen bestenfalls dann bestimmte Sozialisationsprozesse durchläuft, wenn man an gemeinsamen Aktivitäten kontinuierlich mitarbeitet und auch praktisch folgenreich mitwirken kann. Denn eine nachhaltige Engagementbereitschaft wird sich vermutlich nur dann entfalten, wenn durch reale Möglichkeiten zur Partizipation an Entscheidungs- und Veränderungsprozessen symbolische Beteiligung und »Trittbrettfahren« vermieden werden. Nur unter diesen Bedingungen erscheint es prinzipiell denkbar, dass in einem Verein Einflüsse wirksam werden, die bei den Mitgliedern bürgerschaftliche Kompetenzen generieren, die dann als habitualisierte Dispositionen auch auf andere Lebensbereiche übertragen werden.

Aber nicht nur die Formel »Mitglied gleich Mitglied« erweist sich als problematisch. Ähnlich fragwürdig ist es auch, allen Vereinen dieselben Sozialisationsfunktionen zuzuschreiben. Wer einmal am »Vereinsleben« eines Kaninchenzüchter- oder Sportvereins, einer Selbsthilfegruppe oder Tafelinitiative, eines Museumsvereins oder einer Bürgerinitiative teilgenommen hat, wird vermutlich erhebliche Zweifel an der Idee »Verein gleich Verein« anmelden. Zwar ist es auf einem relativ hohen Abstraktionsniveau hilfreich, von *dem* Verein als einem analytischen Idealtypus zu sprechen, der im Vergleich zu staatlichen oder erwerbswirtschaftlichen Organisationen bestimmte Strukturbesonderheiten aufweist und insofern einen distinkten Organisationstyp in modernen Gesellschaften darstellt (vgl. zusammenfassend Braun 2003b). Gegenüber der sozialen Wirklichkeit bleibt dieser Idealtypus aber relativ inhaltsleer.

Darauf verweist bereits der einflussreiche Systematisierungsversuch von Vereinen, den Gordon und Babchuk (1959) in den 1950er Jahren vorgelegt haben. Sie konzipierten seinerzeit zwei Gegenpole eines Kontinuums, die sich mit den Begriffen »binnenorientierter« und »außenorientierter« Verein bezeichnen lassen. Außenorientierte Vereine gelten dabei als zweckorientierte Zusammenschlüsse, die entstehen, um gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen und Einfluss auf die soziale Umwelt auszuüben. Mit dieser am »public-policy influence« orientierten Zielstellung wird auch die Beitrittsmotivation der Mitglieder begründet, die gemeinsam mit anderen Ziele zu verwirklichen suchten, die außerhalb der Organisation lägen. Deshalb wird außenorientierten Vereinen die Eigenschaft zugeschrieben, die bürgerschaftlichen Kompetenzen ihrer Mitglieder zu fördern und insofern vor allem »integrative at the societal level« zu sein (Babchuk/Edwards 1965: 154).

Anders verhalte es sich hingegen bei binnenorientierten Vereinen, die sich am Ziel des »member serving« orientierten. Ihnen trete man bei, um an je unterschiedli-

chen Clubgütern teilzuhaben, die auf privater Basis nicht oder nur unter höheren Kosten erzeugt werden könnten. Diese Vereine orientierten sich also in erster Linie daran, ein Clubgut durch und für die Mitglieder zu erstellen, so dass die Mitglieder vor allem als eine separate Gruppe mit kollektiven Werten und Orientierungen agierten. Insofern würden diese Vereine zwar das Gefühl von sozialer Nähe, Zugehörigkeit und Einbindung vermitteln und somit zur Integration in eine überschaubare soziale Gruppe beitragen; von der Sozialisation bürgerschaftlicher Kompetenzen wird in diesem Zusammenhang aber nicht gesprochen.

Die angesprochenen Problemstellungen, mit denen Fragen nach der »organisationalen Sozialisation« von Mitgliedern in Vereinen und der »Generalisierung« der dort gegebenenfalls erworbenen sozialen und politischen Orientierungen in »weitere« gesellschaftliche Kreise thematisiert werden, lassen sich freilich nur mit Hilfe differenzierter Fallstudien über die Sozialisationsprozesse von Mitgliedern in unterschiedlichen Vereinen untersuchen – eine Forschungsperspektive, die bislang allerdings weder theoretisch systematisch ausgearbeitet noch auf empirischer Ebene differenzierter verfolgt wurde.[2] Dieses grundlegende Forschungsdefizit vermag auch der vorliegende Beitrag nicht zu beheben. Allerdings können die empirischen Befunde, die wir im Jahr 2001 im Rahmen einer für Deutschland repräsentativen Bevölkerungsbefragung erhoben haben und die im Folgenden knapp resümiert werden (vgl. dazu ausführlich Baur/Braun 2003), Hinweise darauf geben, inwieweit die skizzierte Annahme, in Vereinen werde der »kompetente Bürger« sozialisiert, überhaupt empirische Plausibilität beanspruchen kann.

3. Empirische Anhaltspunkte

In dieser Befragung wurden unter anderem die Mitgliedschaften in unterschiedlichen Vereinen, das freiwillige Engagement der Mitglieder in ihrem Verein sowie soziale und politische Orientierungen in der Bevölkerung erhoben.[3]

Versucht man die empirischen Ergebnisse entlang der drei angesprochenen Problemstellungen auf einer allgemeinen Ebene zu resümieren, dann kann man *erstens* erkennen, dass Vereinsmitglieder gegenüber politischen Angelegenheiten aufgeschlossener sind und ein höheres Vertrauen aufweisen als jene Bevölkerungsmitglieder, die keinem Verein angehören. So ist zum Beispiel zu erkennen, dass die

[2] Im Rahmen eines laufenden, von der DFG geförderten Forschungsprojekts gehen wir gegenwärtig dieser Problemstellung differenzierter nach (vgl. Braun 2004).

[3] Aus Platzgründen verzichten wir hier auf eine Erläuterung der komplexen Operationalisierungen der verschiedenen empirischen Untersuchungsschwerpunkte (vgl. dazu Baur/Braun 2003).

Vereinsmitglieder weniger individualistisch und ablehnend gegenüber Ausländern bzw. Fremden eingestellt sind, dass sie eine größere Sensibilität für soziale Ungleichheiten und gesellschaftspolitische Problemlagen haben und darüber hinaus auch ein größeres politisches Interesse artikulieren.

Zweitens weisen die Befunde darauf hin, dass sich die aktiv mitarbeitenden Vereinsmitglieder von den nicht-engagierten Mitgliedern deutlich unterscheiden. Funktionsträger, die in ihren Vereinen mehr oder minder formal definierte Ämter übernehmen und mutmaßlich auch in einem mehr oder minder großen Rahmen praktisch folgenreich agieren können, sind im Vergleich zu den nicht-engagierten, teilweise aber auch zu den sporadisch engagierten Mitgliedern weniger individualistisch, politisch indifferent und fremdenfeindlich eingestellt und weisen darüber hinaus eine größere Aufmerksamkeit gegenüber sozial benachteiligten Mitmenschen auf. Darüber hinaus sind die Funktionsträger geselliger und hilfsbereiter als die beiden anderen Gruppen.

Schließlich ist *drittens* zu konstatieren, dass Mitglieder außenorientierter Vereine hilfsbereiter und weniger misstrauisch gegenüber Mitmenschen und der Politik sind als die Mitglieder in binnenorientierten Vereinen, die ihrerseits durch ausgeprägtere gesellige, aber auch chauvinistische und fremdenfeindliche Orientierungen gekennzeichnet sind. So erweisen sich zum Beispiel die Mitglieder in karitativ-sozialen und politischen Vereinen als politisch interessierter und Ausländern bzw. Fremden gegenüber weniger distanziert eingestellt als die Mitglieder von Sportvereinen oder Hobbyvereinen. In letzteren sind hingegen vergleichsweise häufiger chauvinistische Einstellungen anzutreffen, die vor allem darin zum Ausdruck kommen, dass Mitglieder von Hobbyvereinen Männer als geeigneter für wichtige Positionen in Gesellschaft und Politik einstufen als Frauen.

4. Resümee und Ausblick

Insgesamt scheinen die Ergebnisse unserer Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2001 die gängigen Vorstellungen zu stützen, dass Vereine über ein besonderes Potenzial verfügten, um »die Mitglieder in den Gebrauch von Tugenden und Verhaltensweisen einzuüben, die auch über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus zu Kommunikations-, Kooperations-, Hilfsbereitschaft und Urteilsfähigkeit disponieren« (Offe 1999: 114). In dieser Argumentationsrichtung scheinen Vereine solche bürgerschaftlichen Kompetenzen bei den Mitgliedern zu fördern, die »langfristig eine große Wirkung nach außen haben« (Offe 2002: 278). Folgt man dieser Annahme, dann scheint dies insbesondere in zweifacher Hinsicht zu gelten: einerseits umso aktiver man sich am Vereinsleben und an der Leistungserstellung des jeweili-

gen Vereins beteiligt und umso höhere praktische Relevanz das Engagement für Entscheidungs- und Veränderungsprozesse im jeweiligen Verein hat; und anderseits, umso mehr sich die Ziele des Vereins an Aktivitäten orientieren, die sich weniger auf die Erstellung von Clubgütern, sondern vor allem auf öffentliche bzw. außerhalb des Vereins liegende Problemstellungen beziehen. Pointiert: Die Sozialisationsannahme und die darauf aufbauende Transferannahme könnten durchaus plausible Ansätze darstellen, um die spezifische Rolle von Vereinen zur Herausbildung des »kompetenten Bürgers« zu erklären.

So verlockend diese These in normativer Hinsicht aber immer auch erscheinen mag und so sehr sie zum Common Sense der laufenden Diskussion gehört, so werden an dieser Stelle aber auch die Grenzen der Analyse deutlich – Grenzen, die bislang der gesamten Debatte zu dieser Thematik zu Eigen sind. Denn die aggregierten Massendaten und die auf dieser Grundlage ermittelten Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Variablen liefern keine Informationen darüber, was sich eigentlich in der »black box« eines Vereins abspielt. Insofern lassen sich über die eigentlichen, in den Vereinen ablaufenden, Sozialisationsprozesse der Mitglieder ebenso wenig fundierte Aussagen machen wie über die – hinter der Transferannahme versteckten – Mechanismen der »Generalisierung« von sozialen und politischen Orientierungsmustern, die man möglicherweise in Vereinen erworben hat. Aus diesem elementaren Forschungsdefizit resultiert eine Fülle von Forschungsfragen, von denen abschließend nur drei grundlegende angesprochen werden sollen:

Erstens stellt sich die Frage, warum man in Vereinen bestimmte bürgerschaftliche Kompetenzen erwerben sollte, die man nicht auch in anderen Organisationen – zum Beispiel staatlichen oder erwerbswirtschaftlichen Organisationen – erwerben kann? Bislang hat in der Forschung kaum jemand versucht, dieser Frage systematisch nachzugehen. Lediglich bei Claus Offe und Susanne Fuchs findet sich ein knapper Hinweis. Sie argumentieren, dass in Vereinen weder Zielstellung noch die Mitgliedschaft selbst vorgegeben sind. »Mit diesen Ambiguitäten«, sich immer wieder gemeinsamer Ziele zu vergewissern oder aber auszutreten, »müssen sich die Mitglieder bürgergesellschaftlicher Vereinigungen abfinden. Im Training der Fähigkeiten und sozialen Kompetenzen, die für den Umgang mit diesen Merkmalen sekundärer Vereinigungen notwendig sind, sehen wir ihren spezifischen Beitrag zur Bildung von Sozialkapital« (Offe/Fuchs 2001: 423ff). Offe und Fuchs gehen also davon aus, dass das Aktivsein in den spezifischen Vereinsstrukturen von den Mitgliedern bestimmte Orientierungs- und Handlungsmuster verlange, die in den entsprechenden sozialen Prozessen entweder gestützt und gestärkt oder aber erst erlernt werden und die dann als habitualisierte Orientierungs- und Handlungsmuster dauerhaft erhalten blieben.

Diese bislang eher vage und auch nicht weiter ausgearbeitete Vermutung geht zwar über das hinaus, was die Forschung bisher an Erklärungsansätzen angeboten hat. Sie würde allerdings erheblich an Substanz gewinnen, wenn man organisations-

soziologische Studien über die Strukturbesonderheiten freiwilliger Vereinigungen, durch die sich letztere gegenüber staatlichen und erwerbswirtschaftlichen Organisationen auszeichnen, berücksichtigen würde (vgl. Braun 2003b). Denn dann könnten mutmaßlich auch die sehr allgemein gehaltenen und vielfach auch idealisierten Vorstellungen vom »Vereinsleben« als einem Übungsfeld demokratischen Denkens und Handelns differenzierter gefasst, aber auch relativiert werden.

Auf einer solchen empirischen Datengrundlage könnte man dann – *zweitens* – auch die Frage detaillierter verfolgen, ob die Unterschiede in den Orientierungsmustern von Vereinsmitgliedern und den übrigen Bundesbürgern tatsächlich als Sozialisationsprozesse zu verstehen sind, die die Mitglieder in ihrem Verein durchlaufen, oder ob es sich womöglich eher um Selektionsprozesse beim Zugang zu Vereinen handelt. Anders formuliert: »Sind durch die Mitgliedschaft oder dauerhaftes Engagement gebundene Menschen von vornherein mit einer größeren Vertrauensbasis ausgestattet und organisieren sich aus diesem Grund stärker als andere, oder ist es vielmehr umgekehrt, dass sich erst über das Engagement Vertrauen formt, das weitere soziale Beziehungen und Netzwerke tragen kann? « (Heinze/Strünck 2000: 209). Und vielleicht ließe sich ja auch zeigen, dass sich in Vereinen vor allem solche Menschen zusammenschließen, die unabhängig von ihrer Mitgliedschaft und ihrem Engagement ein höheres soziales Vertrauen und umfangreichere bürgerschaftliche Kompetenz aufweisen, deren Vertrauen und bürgerschaftliche Kompetenz aber durch die Vereinsmitgliedschaft gestützt und gestärkt werden, wobei die Eintrittsmotivation davon beeinflusst wird, welche Aufmerksamkeit der Einzelne öffentlichen Angelegenheiten gegenüber zeigt und wie stark sein soziales Vertrauen entwickelt ist. In dieser Argumentationsrichtung würden Vereine also eher vorhandenes verstärken und festigen als Neues generieren.

Diese Problemstellung verweist bereits auf die *dritte* Frage. Denn es ist bisher theoretisch und empirisch noch unklar, wie der Mechanismus funktionieren soll, über den die Mitglieder die in ihrem Verein gegebenenfalls. erworbenen sozialen und politischen Orientierungen auf andere Lebensbereiche übertragen. So ist zum Beispiel soziales Vertrauen per Definition spezifisch und kontextgebunden, das heißt es wird durch wiederholte face to face-Interaktionen in bestimmten sozialen Kontexten generiert. Cohen (1999: 221) hat insofern argumentiert, dass

»without other mechanisms for the ›generalization‹ of trust, participation in associations and membership in social networks could foster particularism, localism, intolerance, exclusion, and generalized mistrusts of outsiders, of the law, and of government«.

Zwar können unsere Ergebnisse diese Vermutung nicht erhärten, was aber auch in diesem Fall bleibt, ist das grundsätzliche Forschungsproblem, dass das Fleisch auf dem blanken Knochen der Statistik noch ausgesprochen mager ist.

Literatur

Babchuk, N./Edwards, J. (1965), »Voluntary associations and the integration hypothesis«, *Sociological Inquiry*, Jg. 35, S. 149–161.

Baur, Jürgen/Braun, Sebastian (2003) (Hg.), Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen, Aachen.

Beck, Ulrich (1997), Ursprung als Utopie: Politische Freiheit als Sinnquelle der Moderne, in: ders. (Hg.), Kinder der Freiheit, Frankfurt a.M., S. 382–401.

Braun, Sebastian (2003a), *Freiwillige Vereinigungen als Produzenten von Sozialkapital? Verbandsmanagement 1*, S. 28–37.

Braun, Sebastian (2003b), »Freiwillige Vereinigungen zwischen Staat, Markt und Privatsphäre. Konzepte, Kontroversen und Perspektiven«, in: Baur, Jürgen/Braun, Sebastian (Hg.), Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen, Aachen, S. 43–87.

Braun, Sebastian (2004), »Solidarität, Gemeinwesen, Gemeinwohl – das Assoziationswesen in aktuellen Diskursen«, in: Anheier, Helmut/Then, Volker (Hg.), Zwischen Eigennutz und Gemeinwohl: Neue Formen und Wege der Gemeinnützigkeit, im Druck, Opladen.

Buchstein, Hubertus (1996), »Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz«, in: Beyme, Klaus von/Offe, Claus (Hg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen, S. 295–324.

Buchstein, Hubertus (2002), »Die Bürgergesellschaft – eine Ressource der Demokratie?«, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hg.), Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 198–222.

Cohen, Jean (1999), »Trust, Voluntary Association and Workable Democracy: the Contemporary American Discourse of Civil Society«, in: Warren, Mike E. (Hg.), Democracy and Trust, Cambridge, S. 208–248.

Gordon, C. W./Babchuk, N. (1959), A typology of voluntary associations, American Sociological Review, Jg. 24, S. 22–29.

Heinze, Rolf G./Strünck, Christoph (2000), »Die Verzinsung des sozialen Kapitals. Freiwilliges Engagement im Strukturwandel«, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a.M., S. 171–216.

Lehmann, Karsten (2001), *Vereine als Medium der Integration. Zu Entwicklung und Strukturwandel von Migrantenvereinen*, Berlin.

Offe, Claus (1999), »›Sozialkapital‹. Begriffliche Probleme und Wirkungsweise«, in: Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard (Hg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin, S. 113–120.

Offe, Claus (2002), »Reproduktionsbedingungen des Sozialvermögens, in: Enquete-Kommission ›Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‹«, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, Opladen, S. 273–282.

Offe, Claus/Fuchs, Susanne (2001), »Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland«, in: Putnam, Robert D. (Hg.), Gesellschaft und Gemeinsinn, Gütersloh, S. 417–514.

Putnam, Robert D. (2000), *Bowling alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York.

Strob, Burkhard (1999), *Der vereins- und verbandsorganisierte Sport: Ein Zusammenschluss von (Wahl)Gemeinschaften?*, Münster.

Tocqueville, Alexis de (2001) (1835/1840), *Über die Demokratie in Amerika* (ausgewählt und hg. von J. P. Mayer), Stuttgart.

Weber, Max (1924), »Rede auf dem Deutschen Soziologentag in Frankfurt«, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen, S. 431–449.